

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Sportausschuss	17.06.2021

### Sachstand Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele an Rhein und Ruhr

Nach der faktischen Vorentscheidung des IOC für die Vergabe der Olympischen und Paralympischen Spiele 2032 nach Australien, haben sich die Oberbürgermeister\*innen der beteiligten Kommunen gemeinsam mit der Landesregierung und der Initiative Rhein Ruhr City 2032 in ihrer Sitzung am 26. Februar 2021 darauf verständigt, dass das Engagement als „Dekadenprojekt“ für die 2030er Jahre aufrechterhalten und eine Bewerbung zu einem späteren Zeitpunkt angestrebt wird.

Das Angebot für 2032 wird aufrechterhalten für den unwahrscheinlichen Fall, dass der Dialogprozess des IOC mit Brisbane doch noch scheitert.

Am 11. Mai 2021 wurde das weitere Vorgehen auf der Ebene der kommunalen Spitzen, des Ministerpräsidenten und der Initiative Rhein Ruhr City diskutiert. Verabschiedet wurde dabei eine gemeinsame Erklärung, die die Aufrechterhaltung der Bewerbung als „Dekadenprojekt“ bekräftigt und das weitere Vorgehen umreißt.

Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass für die Stadt Köln die guten Argumente, die bisher für eine Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele gesprochen haben, uneingeschränkt weitergelten. In der gemeinsamen Bewerbung der Region liegt die Chance, sich mit der Kraft eines Zieldatums nachhaltiger zu vernetzen, zu digitalisieren und stärker zusammenzuwachsen. Der gemeinsam formulierte Anspruch ist, die nachhaltige, klimaneutrale Veränderung unserer Region nicht *für*, sondern *durch* Olympia voranzubringen. Auch soll die Chance ergriffen werden, der Welt die Ausrichtung nachhaltiger Spiele ohne Gigantismus, dafür aber mit demokratischer Legitimation anzubieten.

Die Oberbürgermeister\*innen der beteiligten Städte und der Ministerpräsident des Landes haben sich zudem darauf verständigt, konkrete Projekte zu definieren, die in den Themenbereichen vernetzte Mobilität, Digitalisierung und Sportinfrastruktur bis 2032 umgesetzt werden sollen. Mit der Arbeit an diesem Katalog wird die Verwaltung unverzüglich beginnen.

Sollte sich der Deutsche Olympische Sportbund hinter die Bewerbung stellen, werden das letzte Wort die Bürger\*innen in den beteiligten Städten haben. Die Oberbürgermeister\*innen haben sich dazu auf das Verfahren eines Ratsbürgerentscheids verständigt. Der DOSB ist aufgefordert, bis Ende 2023 zu einer Entscheidung zu kommen, um dem IOC frühzeitig mit der notwendigen Klarheit begegnen zu können.

Eine unmittelbare Konsequenz für die Stadt Köln ist somit, dass es die ursprünglich zur Bundestagswahl im September 2021 geplante Bürger\*innenbefragung zu diesem Zeitpunkt nicht geben wird. Da die beteiligten Kommunen in Fragestellung und Befragungsdatum zwingend einen Konsens herstellen müssen, steht das genaue Datum einer Befragung noch nicht fest.

**Gez. Reker**